

11.17

Abgeordneter August Wöginger (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Frau Bundesministerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur kurz auf das Thema Luxuspensionen eingehen, das wir jetzt doch mit einer breiten Mehrheit hier lösen können.

Ich möchte auch begründen, warum es einige Zeit gedauert hat: Es ist eine Frage der administrativen Umsetzbarkeit. Das wurde in vergangenen Jahren schon durchgeführt, mit einer sehr hohen Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pensionsversicherungsanstalt. Warum? – Weil da Pensionen zusammengerechnet werden müssen, also gesetzliche Pensionen nach dem ASVG, für Bauern oder Gewerbetreibende und jene, die von Kammern oder Sozialversicherungsträgern kommen.

30 000 sind es an der Zahl, und das musste händisch zusammengeführt werden, damit man da deckeln konnte. Das wollten wir, gerade in Zeiten wie diesen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Sozialversicherung und vor allem in der Pensionsversicherung nicht antun. Deshalb hat es länger gedauert, das ist der Grund dafür gewesen. Wir respektieren, wertschätzen und anerkennen nämlich, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort leisten und wollen ihnen nicht noch zusätzliche Administrationsaufgaben mit auf den Weg geben. Das möchte ich betonen, damit das einmal klar ausgesprochen ist. *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)*

Wir haben jetzt eine Lösung gefunden, und das war gar nicht so einfach. Die Frage war nämlich, welche jetzt die Stelle ist, bei der dann die Anrechnung der gesetzlichen Pensionen erfolgt. Das liegt jetzt eben bei den Einrichtungen, die diese Zusatzpensionen auszahlen. Es gibt diesen Deckel mit 35 Euro, so wie wir das auch bei allen anderen gesetzlichen Pensionen gemacht haben, und es erfolgt sozusagen auch die Anrechnung dieser Pension. Also insgesamt, glaube ich, ist das eine gute, verträgliche Lösung.

Es hat niemand Interesse gehabt, eine derartige Luxuspension mit anderen Erhöhungen zu versehen, wir nicht, die Grünen nicht und eigentlich niemand hier in diesem Raum – nein, weil wir das nicht wollen, weil es ungerecht ist und weil es gerade in diesem Bereich auch nicht notwendig ist. Daher regeln wir das jetzt, und ich würde bitten, einen parlamentarischen Prozess, wie er ja sonst so oft eingefordert wird, anzuerkennen. Das, glaube ich, ist ein Paradebeispiel dafür, wie wir mit viel Innovation, mit viel Nachdenken und mit Expertise eine gute Lösung in diesem Bereich zusammenbringen.

Abschließend, meine Damen und Herren, sei mir im Zusammenhang mit den Testungen eine Bitte gestattet. In diesem Abänderungsantrag werden ja erste, vorbereitende Maßnahmen für das Impfen getroffen. Ich möchte von dieser Stelle aus appellieren, dass sich die Bevölkerung an den Testungen beteiligt, die jetzt in etlichen Bundesländern starten, weil das ein großes Ausmaß an Sicherheit mit sich bringt und weil man dadurch Infektionsketten unterbrechen und damit auch viel Leid verhindern kann. Ich appelliere an die Bevölkerung und bitte und ersuche sie, sich an diesen Testungen zu beteiligen! *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der Grünen.)*

11.21

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Gerald Loacker. – Bitte.